



Wir lassen uns nicht spalten:

# Festübernahme aller Leiharbeiter statt Sonderschichten!

Auf welchen schmutzigen Deal hat sich der Gesamtbetriebsrat da eingelassen? Der 8,75 %- Lohnraub wird einen Monat eher zurückgenommen, dafür wird das Tor noch weiter geöffnet für Befristungen und Leiharbeit! Die Obergrenze von bisher 2500 Befristungen/Leiharbeitern im ganzen Konzern wurde aufgehoben, 8% dürfen es jetzt auch konzernweit sein, also einige Tausend mehr! Und als Sahnehäubchen wurde auch noch vereinbart, dass die örtlichen Betriebsräte *aktiv* durch Genehmigung von Mehrarbeit und Sonderschichten die anstehenden Stückzahlerhöhungen zu unterstützen haben. Ganz zu schweigen von der Lüge von „gleicher Bezahlung“ für Leiharbeiter, die gegenüber der Stammbesellschaft erheblich weniger Lohn bekommen.

**Wir** sagen Nein zu solchen Vereinbarungen, die nur zu Lasten unserer Kollegen, egal, ob Leiharbeiter oder Stamm, gehen. Die Forderung der Belegschaft auf frühzeitige Rücknahme der 8,75% Lohnkürzung wurde endlich nachgegeben. Den Preis dafür aber, nämlich die Erhöhung der Befristungsprozente, die jetzt verstärkt Leiharbeit in den Standorten Tor und Tür öffnet, verurteilen wir auf das Schärfste! Wir brauchen Festeinstellungen, denn:

## Leiharbeit ist moderne Sklaverei.

Durch Leiharbeit werden Tarifverträge ausgeschaltet und der Kündigungsschutz umgangen. Das, was sie am liebsten mit uns allen machen würden – nämlich „heuern und feuern“, das können sie so leicht praktizieren. Genau dort will der Vorstand uns auch sehen, egal, ob Leiharbeiter oder Stammbesellschaft. Ohne Schutz, mit ständig sinkenden Löhnen für immer härtere Arbeit. Leiharbeiter können keine Lebensplanung vornehmen und auf die Stammbesellschaften kommen neue Erpresserrunden zu. Dass viele Leiharbeiter durch eine Mini-Rente in die Altersarmut kommen werden, setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Die Krise, die allein das Kapital verursacht hat, zahlen dann im erhöhten Maße die Leiharbeiter. Sie werden als Puffer missbraucht und zahlen zuerst die Zeche. Danach wird das Stammpersonal gegen die Leiharbeiter ausgespielt und das Kapital reibt sich die Hände. Wir stellen klar: Wir lassen uns nicht spalten. Wir alle sind Arbeiter. Wenn ein immer

größer werdender Teil von uns gezwungen wird, seine Arbeitskraft zum Schleuderpreis anbieten zu müssen, so ist das ein Angriff auf uns Alle!

### Heuchler am Werk !

*„Wir werden, soweit nicht ausnahmsweise Sachgründe dagegen stehen, Leiharbeit in unseren Betrieben unter Ausnutzung aller betriebsverfassungsrechtlichen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten verhindern. Dort wo sie nicht verhindert werden kann, muss sie auf begründbare Sachverhalte begrenzt (...) und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eingehalten werden“*

Ganze 4 Tage, nachdem er diesen Aufruf der IG Metall unterschrieben hat, hat Erich Klemm, als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, die Erweiterung eben dieser Leiharbeit im Konzern ausgehandelt. Diese Gesamtbetriebsvereinbarung ist ein Schlag ins Gesicht aller Metaller. Wer so handelt, ist eine Gefahr für die Solidarität innerhalb und außerhalb der einzelnen Standorte, ist eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Und wer obendrein als GBR-Vorsitzender auch noch einen Blanko-Scheck für den Vorstand ausstellt, dass wir auf Teufel-komm-raus produzieren und auch noch Sonderschichten aktiv unterstützen, der ist Fehl am Platze und der sollte seinen Hut nehmen.

**Die Krise ist  
vorbei?**

**oder**

**Jetzt geht's erst  
richtig los!**

Vorzeitige Beendigung der Arbeitszeitverkürzung, Einstellung von Leiharbeitern, Sonderschichten liegen in der Luft, da könnte man meinen die Krise ist vorbei, wir haben nichts zu befürchten als Arbeit bis zum Umfallen. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache.

### **Nicht Aufschwung sondern Kampf um den Weltmarkt**

Die Industrieproduktion dieses Landes liegt immer noch 20% unter dem Höchststand von vor der Krise (FAZ, 29.04.10). Wenn etwas steigt, ist es der Export, insbesondere in der Automobilindustrie, dort stieg der Export im 1. Quartal 2010 um 47% gegenüber dem Vorjahresniveau, im Innland ist er hingegen im gleichen Zeitraum um 27% gesunken (HB, 12.04.10 und FAZ, 05.05.10). Dieser vermeintliche Aufschwung ist also vor allem ein Kampf um den Weltmarkt ohne Festigung des Binnenmarktes. Dabei ist nicht uninteressant, dass 12% des deutschen Exports in die sogenannten europäischen Krisenländer geht, also Portugal, Italien, Irland, Spanien und Griechenland (WiWo, 20/2010).

### **„Wer auf unserem Rücken baut, der baut auf Felsen“ (B. Brecht)**

Allein die Staaten Europas werden in diesem Jahr knapp 1,5 Billionen Euro Schulden aufnehmen (HB, 09.04.10). Die deutsche Staatsverschuldung liegt bei 300% des Bruttoinlandsprodukt, wenn man die Schattenhaushalte, ungedeckte Pensionsverpflichtungen usw. hinzurechnet. Offiziell gibt die Regierung nur 80% an, erlaubt wahren 60% (WiWo, 20/2010). Das Problem der Überschuldung ist also kein griechisches, sondern betrifft Alle. Daher haben die europäischen Regierungschefs im Eilverfahren den Euro-Stabilitätspakt zusammengeschustert. Dieser funktioniert so: Die EU-Staaten geben Kreditgarantien, die sie im Zweifelsfall durch Kreditaufnahme abdecken. Mit anderen Worten der Kredit muss den Kredit retten. Nur, Kredit ist nicht

gleich Kredit: Normalerweise werden von einem Kredit Maschinen gekauft und der Kreditgeber sichert sich durch seinen Kredit einen Anteil an dem damit herzustellenden Mehrwert. In Falle des Euro-Stabilitätspaktes sind die Kredite an die Staaten durch nichts anderes gedeckt als durch den festen Willen der Herrschenden Zins und Tilgung aus den europäischen Völkern herauszupressen. Der Euro-Stabilitätspakt ist also nichts anderes als eine Umschichtung der Risiken von den Banken auf die Völker Europas. Entsprechend euphorisch reagierten auch die Banken auf die Verabschiedung des Paktes, so stieg z.B. der Aktienkurs der Deutschen Bank um 11% und ihre Risikoprämie sank um 21% (FAZ, 11.05.10). Unsere Entbehrungsfähigkeit ist ein guter Garant für wertlose Papiere der Banken. Aber unser Leid ist unserer Herren Freud, denn dieser Pakt nützt vor allem dem deutschen Kapital. Deutschland hat als größter Geldverleiher und Exporteur das größte Interesse an der Rettung des Euros und daran, alle Instrumente in die Hand zu bekommen um in die Wirtschaften und Finanzen der europäischen Staaten hineinzuregieren.

### **„Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln“ (Klausewitz)**

Die Tatsache, dass Deutschland in die schwächeren Euro-Länder mittels der EU hineinregiert birgt große Gefahren in sich. Die erzwungene Ausplünderung der Völker ruft unweigerlich deren berechtigten Widerstand hervor, ihre Regierungen können in letzter Konsequenz nur mit einer Diktatur antworten oder die Kreditgeber-Länder, allen voran die BRD, greifen gewalttätig in den Konflikt ein, um die Einsparungen am Volk zu erzwingen. Dieses und der Kampf um die Aufteilung der letzten Reichtümer dieser Länder wird unweigerlich zu Konflikten zwischen den stärkeren Wirtschaftsmächten führen, die auch in kriegerischen Auseinandersetzungen enden können. Der Euro-Stabilitätspakt dient also nicht nur der Ausplünderung der Völker, sondern erhöht auch die Kriegsgefahr. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vergleicht seine Annahme durch den Bundestag gar mit der Bewilligung der Kriegskredite für den 2. Weltkrieg: „Die SPD tat sich am Freitag nicht zum ersten Mal schwer damit, Kredite mit weitreichenden Folgen zu billigen. Auch im Sommer 1914 rang sie mit sich, wollte aber in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich lassen.“ (FAZ, 22.05.10).

### **Inflation: Auch ein Mittel der Ausplünderung des Volkes**

Die Inflation ist in Vorbereitung und der erste Schritt dahin ist der besagte Euro-Stabilitätspakt, denn schon die Ausweitung des Kreditgeldes wirkt

tendenziell inflationär. Konkret steht die Gefahr der Inflation allerdings, wenn die Kredite fällig werden. Da die Kredite nicht gedeckt sind, würde dies bedeuten, dass Geld gedruckt werden muss, das hat den Wertverlust des Geldes zur Folge, also Inflation. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: 1. Der Euro zerbricht und jeder Staat erhält seine eigene Währung, macht Inflation, um seine Schulden zu bezahlen oder 2. der gesamte Euroraum geht in Inflation. Für uns bedeutet dies, dass unser Lohn bei gleicher Arbeit weniger wert ist. Die Werkleitung steht am Ende des Tages mit realen Werten da, also mit rund 1500 Autos, während wir ein paar Geldnoten in der Hand halten, mit denen wir aber kaum etwas kaufen können. Unsere Tarifverträge, die den Lohn über Monate hinweg festschreiben würden zur tödlichen Falle werden.

## Aktuell

Die Sicherheit, dass wir die Krise auch schon ohne Inflation bezahlen sollen gibt uns die Regierung mit ihrem aktuell diskutierten Sparpaket. Die Liste der Vorschläge ist lang, vom eingesparten Urlaubstag über die Kürzung des Elterngeldes, 30€

Kopfpauschale, PKW-Maut bis hin zur Wiedereinführung des Arbeitsdienstes ist alles dabei. Letztgenannter soll als dreijähriger „Bürgerdienst“ für 33.000 Erwerbslose verpflichtend werden. Wie auch immer die Angriffe auf unser Sozial- und Gesundheitssystem am Ende genau aussehen, schon jetzt deutet sich an, dass wir von unseren zurückerhaltenen 8,75% Lohn am Ende nichts haben werden, wenn wir uns gegen dieses Sparpaket nicht zur Wehr setzen. Das Ende der Krise ist noch nicht absehbar, weitere Einbrüche der Konjunktur, Inflation und die Kriegsgefahr sind gute Gründe nicht auf die Parole „Alles wird gut“ zu vertrauen. Im Gegenteil nun ist es an der Zeit die unverschämten Vorschläge der Regierung sofort mit Protestaktionen zu beantworten. Weiterhin müssen wir uns mit den Kollegen anderer Betriebe zusammenschließen und gemeinsam auf die Straße gehen. Letztendlich werden wir einen der Krisenverursacher, den Daimler-Konzern, auch direkt unter Druck setzen müssen, wenn wir seine Handlanger in der Regierung zum Einlenken zwingen wollen. Also, an die Arbeit!

# Was ist los in diesem Staat?

- Ein Bundespräsident tritt zurück, weil er das öffentlich ausgesprochen hat, worüber sich alle bürgerlichen Parteien längst einig waren und was sie längst festgeschrieben haben in ihrem „Weißbuch“: Deutschland soll wieder Krieg führen, um sich Rohstoffe und den freien Zugang zu ihnen zu sichern.
- CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne streiten sich darüber, *wie* man das Volk ausquetscht. Einig sind sie sich darin, *dass* man es tut.
- Die Herrschenden aus Wirtschaft und Politik bemängeln, dass demokratische Verfahren zu schwerfällig wären in diesen Zeiten und dass „ein klein wenig Diktatur“ ganz gut sein könnte (so z.B. auch der Militärberater von Frau Merkel in der Zeitschrift „Internationale Politik“, Mai/Juni 2010).

## Darf's auch ein bisschen mehr Diktatur sein?

Die Herrschaften reden nicht nur darüber, sie arbeiten auch daran. In den letzten Jahren haben sie den ganzen Staatsapparat gründlich umgekrempt. Die Notstandsgesetze der 60er-Jahre wurden seinerzeit für den Fall des Notstands durchgepeitscht. Heute ist der Notstand der Republik Alltag: Die Bundeswehr führt Kriege, wird im längst Inneren eingesetzt, baut sich einen sogenannten Heimatschutz auf, in dem sie allerhand zivile Organisationen unter ihre militärische Regie zwingt. Organisationen, in denen auch zahlreiche Kollegen ehrenamtlich und im guten Glauben arbeiten, dass sie damit einen sozialen Dienst leisten: Das geht

von der Feuerwehr über das Rote Kreuz, bis hin zum THW (das eigentlich nach dem Krieg verboten wurde). Unsere Kinder werden an den Schulen von Bundeswehroffizieren ganz offen für den Krieg, für das Töten geworben...\*)

## Brot und Spiele für das Volk

Und wir? Wir bekommen schwarz-rot-goldenes Jubeln verordnet, wenn die Abiturientin „für Deutschland“ singt und Fußball-Millionäre „für Deutschland“ spielen. Wir sollen mit Plastikfähnchen (made in China) und schwarz-rot-goldenen Rückspiegelkondomen für die große Volksgemeinschaft Reklame fahren, während uns diese Regierung buchstäblich das Fell über die Ohren zieht.

Bei aller Sportbegeisterung – es geht hier längst nicht mehr nur um ein Spiel. Die Fahnen *müssen* wir rausholen, aber die unsrigen. Für unsere Sache *müssen* wir auf die Straße gehen gegen Regierung und Kapital, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf uns und auch gegen ihr Kriegsgeschrei. Und zwar sofort!

\*) Wer mehr darüber wissen will, kann die entsprechenden Dokumente bei uns erhalten

Aus einem Aufruf der Apartheidopfer und von medico international:

## **Daimler – Star of Apartheid**

**Daimler unterstützte die Apartheid in Südafrika. Die Opfer fordern Gerechtigkeit. Unterzeichnen Sie unseren Aufruf! Wir fordern von Daimler die Aufarbeitung seiner Vergangenheit und angemessene Entschädigung!**

Der Auftritt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Südafrika steht unter keinem guten Stern. Das Problem ist nicht das DFB-Team, sondern dessen Hauptsponsor: Mercedes-Benz. Bei SüdafrikanerInnen die ihr Leben im Kampf gegen das rassistische Apartheidregime riskierten, ruft das Daimler-Logo schlechte Erinnerungen wach.

Bereits 1966 wurde das Apartheidsystem in Südafrika von der Vollversammlung der UN als „Verbrechen gegen die Menschheit“ bezeichnet. Trotzdem verkaufte Daimler Fahrzeuge und Maschinen an Polizei und Militär des Apartheidregimes. Fahrzeuge, mit denen die Sicherheitskräfte den politischen Protest bekämpften.

Im April 2009 hat ein US-Bundesbezirksgericht in New York eine Sammelklage wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid gegen Daimler und vier weitere Konzerne zugelassen. Die Vorwürfe gegen Daimler: Die Lieferung von mindestens 2.500 Unimogs, die als Truppentransporter oder Raketenwerfer genutzt wurden. Außerdem Dieselmotoren für Panzer und Hubschrauber zur Überwachung von Demonstrationen.

Die südafrikanische Khulumani Support Group fordert die Anerkennung des begangenen Unrechts und Entschädigungszahlungen. Wir wollen die zunehmende Aufmerksamkeit durch die WM in Südafrika dazu nutzen, den Druck auf Daimler in Deutschland zu erhöhen.

Setzen Sie sich für eine Entschädigung der Apartheidopfer ein. Dafür brauchen wir jetzt Ihre Unterstützung! Unterzeichnen Sie unseren Aufruf! Die Unterschriften und Protestpostkarten an Daimler werden wir im Herbst an Dr. Dieter Zetsche, den Vorstandsvorsitzenden der Daimler AG übergeben.

*Der Aufruf kann über uns bezogen oder auch online unterzeichnet werden: [www.star-of-apartheid.de](http://www.star-of-apartheid.de)*

## **Für die Arbeiter Griechenlands – Für eine Welt der Arbeiter**



**Dieses Flugblatt (Juni 2010) wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.**

**Kontakt:** Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, H 3 / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Murat Göcer (H 8) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

**e-mail-Kontakt: [gerwingoldstein@freenet.de](mailto:gerwingoldstein@freenet.de)**